

## **6. Fachsymposium des Roman Herzog Instituts**

**„(In) Deutschland neu denken – wie leben und arbeiten wir morgen?“**

**18. September 2008, im Lenbach Palais**

Thesenpapier von Prof. Dr. Dr. h.c. Stefan Hradil

### **Die demografische und gesellschaftliche Zukunft Deutschlands**

Seit mehr als 30 Jahren ist die Geburtenrate in (West-)Deutschland gleichbleibend niedrig. Die seither herangewachsenen geburtenschwachen Jahrgänge kommen nun nach und nach ins Erwachsenenalter und schaffen Probleme. Deswegen diskutierten wir seit einigen Jahren die demografischen Herausforderungen.

Auch wenn sich die Geburtenraten in Zukunft nicht ändern sollten, wird es weniger Eltern und damit weniger Kinder geben. Die Bevölkerung wird (etwas) schrumpfen. Aber das wird sich nur in ländlichen Regionen bemerkbar machen. Dort erfordert es allerdings bislang ungewohnte Anpassungs- und Umstellungsprozesse.

Indem die geburtenschwachen Jahrgänge erwachsen werden, wird sich die Altersstruktur verschieben. Es wird in Zukunft weniger Personen im mittleren Lebensalter, daher weniger (vor allem jüngere) Arbeitskräfte und weniger Beitragszahler für Sicherungsaufgaben geben. Wir werden aber keine geringere Arbeitsaufgaben und sogar größere Sicherungsaufgaben als heute bewältigen müssen. Dazu werden wir zu wenige und vor allem zu wenige junge Arbeitskräfte haben. Weil Deutschland seit mehr als 10 Jahren glaubt, sich keine Bildungsexpansion mehr leisten zu können und weil die technologische Entwicklung ständig mehr Qualifikation erfordert, wird das das Defizit der qualifizierten Arbeitskräfte besonders groß sein.

Wir werden außerdem zu wenige Beitragszahler für Sicherungsaufgaben haben. Betreuungs-, Gesundheits- und Pflegeaufgaben wachsen aber im Zuge der Alterung ständig an. Kleinere Haushalte und vermehrte Frauenerwerbstätigkeit werden es immer weniger erlauben, diese Aufgaben in Kleinfamilien zu lösen.

Für die so entstehenden demografischen Probleme gibt es durchaus Lösungen. Sie beinhalten zwar manche Zumutung, stellen aber in vieler Hinsicht auch Chancen für Veränderungen dar, die viele als Verbesserung empfinden werden.

- Bildungsexpansion, insbesondere Expansion der vorschulischen Bildung, der Weiterbildung, der non-formalen und informellen Bildung
- Erhöhung der Erwerbsquoten: mehr Erwerbstätigkeit von Frauen und längere Lebensarbeitszeiten
- Zuwanderung von qualifizierten oder qualifizierbaren Personen
- Konzentration sozialstaatlicher Leistungen auf das Notwendige
- Selbsthilfe: der Einzelnen, in Familienverbänden, durch Nachbarn und Netzwerke, materiell und immateriell

Zur gegenseitigen Hilfe von Bürgern können immer mehr ältere Menschen beitragen. Die Älteren von morgen sind im Vergleich zu den Ältern von heute besser ausgebildet, haben meist mit Menschen gearbeitet, sind vom Wertewandel geprägt, d.h. auf der Suche nach Selbstverwirklichung. Sie kann durchaus im Helfen bestehen. Die Älteren von morgen sind also oft disponiert und geeignet zu bürgerschaftlicher Aktivität. Ältere sind in Zukunft nicht nur Objekte, sondern auch Subjekte der Unterstützung.

Die heute jüngere Generation wird zwar in mancher Hinsicht mehr belastet werden. Aber sie ist dazu auch durchaus bereit. Die Wertewandelgeneration ihrer Eltern rückte die Entwicklung des eigenen Ich in den Vordergrund. Die heute jüngere und morgen mittlere Generation sucht nach Balancen des Ich und des Wir, strebt daher mehr nach Gemeinschaft, Leistung, Ordnung und Sicherheit als ihre Eltern, ohne das Ich ganz hintanzustellen. Der Wertewandel hat sich also seinerseits gewandelt: Diese Einstellungen der Erwachsenen von morgen und die künftigen Solidaritätsanforderungen werden eine gewisse Renaissance der Familie hervorbringen, in Teilen sogar der Großfamilie.

Die Solidaritätsaufgaben der Zukunft werden auch dadurch vermehrt werden, dass die Einkommensdisparitäten größer sein werden als heute: Die Primäreinkommensverteilung (vor sozialstaatlicher Umverteilung) geht in fast allen Ländern deutlich auseinander. Die Sekundäreinkommensverteilung (nach s. U.) wird in Deutschland ebenfalls ungleicher, wenn auch in weit geringerem Ausmaß als die Primäreinkommensverteilung und als die Sekundäreinkommensverteilungen vieler anderer Länder. Einkommensschwache und –starke Gruppierungen nehmen zu, die Mittelschicht schrumpft – wenn auch nicht in dem Ausmaß, wie oft dargestellt.

Die Ursachen dieser Entwicklungen liegen in der technologischen Entwicklung, die nach mehr Qualifikation verlangt, und in der unzureichend vorhandenen Qualifikation. Das mehrt die Einkommenschancen der Qualifizierten und mindert die der gering Qualifizierten. Auch die demografische Entwicklung und die Entwicklung der Lebensformen tragen zum Öffnen der Einkommensschere bei. Die Globalisierung stellt nicht den Motor, wohl aber den „Turbo“ der wachsenden finanziellen Ungleichheit dar. Die Analyse dieser Ursachen lässt nur die Voraussage zu, dass die Spreizung der materiellen Lebensverhältnisse anhalten wird.

Diese Entwicklungen, insbesondere die Ausdünnung der mittleren Schichten, gefährden den Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Sozialstaatliche Umverteilungen, die integrieren sollen, sind möglich und werden oft gefordert, gehen aber mit erheblichen „Flurschäden“ einher. Vor allem Beschäftigung und Wohlstandsentwicklung leiden sehr. Weit nachhaltiger sind da Verbesserungen auf dem Gebiet der Bildung. Sie setzen unmittelbar an Arbeitsmarktverhältnissen an und korrigieren nicht nachträglich deren Resultate. Mehr Bildung, insbesondere für bislang bildungsferne Gruppierungen, verhindert Arbeitslosigkeit, eröffnet Aufstiegschancen, vergrößert die mittleren Schichten, hält die Gesellschaft zusammen. Bildungspolitik ist unter heutigen und absehbar künftigen Voraussetzungen die beste Sozialpolitik.